

Landkreis
Pfaffenhofen a.d.Ilm

Pfaffenhofen a.d.Ilm, 21.10.2019

Niederschrift

über die Sitzung des Werkausschusses Abfallwirtschaft öffentlicher Teil

am Mittwoch, den 25.09.2019 um 14:30 Uhr
im Rentamtssaal des Landratsamts Pfaffenhofen

Anwesend sind:

Landrat

Wolf, Martin

CSU

Brummer, Alois
Engelhard, Rudi
Schnell, Richard
Seitz, Martin
Stanglmayr, Erna

Vertretung für Herrn Thomas Röder
Vertretung für Herrn Hans Wolf

SPD

Brunnhuber, Sabine
Herker, Thomas

FW

Erl, Erich

ÖDP

Skoruppa, Stefan, Dr.

Verwaltung

Beck, Gerhard
Daser, Sebastian
Müller, Elke
Schlosser, Ursula

Entschuldigt fehlen:

Stellvertreter des Landrats

Westner, Anton

entschuldigt

Weiterer Stellvertreter des Landrats

Finkenzeller, Josef

entschuldigt

CSU

Röder, Thomas
Schranner, Hans
Wolf, Hans

entschuldigt
unentschuldigt
entschuldigt

FW

Müller, Ernst
Nerb, Herbert

entschuldigt
entschuldigt

AUL

Jung, Claudia

unentschuldigt

GRÜNE

Furtmayr, Angelika

entschuldigt

FDP

Stockmaier, Thomas

entschuldigt

Verwaltung

Degen, Christian
Reisinger, Walter

entschuldigt
entschuldigt

Herr Landrat Martin Wolf eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Herr Landrat Martin Wolf begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Presse.

Nach Sitzungsbeginn erschienen:

Herr KR Dr. Skoruppa um 14:59 Uhr (Teilnahme an Beschlussfassung erst ab TOP 5)

Tagesordnung

1. Abfallbericht 2018
2. Halbjahresbericht; 1. Halbjahr 2019
3. Jahresabschluss 2019; Prüfungsauftrag für die Abschlussprüfung (§25 EBV)
4. Neuerrichtung Wertstoffhof Hohenwart; dringliche Anordnung (Kostensteigerung)
5. Erweiterung und Sanierung des Wertstoffhofes in Hettenshausen mit Errichtung Gartenabfallsammelstelle; Genehmigung der Kostensteigerung
6. Wertstoffhof Vohburg; Umbaumaßnahme Gebäude
7. Verlängerung des Vertrags über die Erfassung und den Transport von sperrigen Siedlungsabfällen im Bringsystem
8. Verlängerung des Vertrags über die mobile Erfassung, den Transport und die Verwertung von gefährlichem Abfall (Problemabfall) im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm
9. Neufassung der Abfallentsorgungsgebührensatzung (AbfEGS); Gebührenkalkulation
10. Bekanntgaben, Anfragen

Top 1 Abfallbericht 2018

Sachverhalt/Begründung

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm erstellt zu Beginn des Folgejahres einen Abfallbericht über das abgelaufene Jahr, der dieser Informationsvorlage als Anlage beiliegt.

In diesem Bericht werden insbesondere die Sammelmengen der einzelnen Abfallarten aufgeführt und graphisch dargestellt.

Des Weiteren wird die Entwicklung zu den Vorjahren aufgezeigt.

Abschließend wird auf die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts unter Beachtung der Gebührenstabilität, einer höheren Wirtschaftlichkeit durch Prozessoptimierung und Produktivitätssteigerung und der Optimierung der Kundenorientierung eingegangen.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt den Abfallbericht 2018 zur Kenntnis

Top 2 Halbjahresbericht; 1. Halbjahr 2019

Sachverhalt/Begründung

Gem. § 19 EBV und § 7 Abs. 5 Betriebssatzung erstattet die Werkleitung halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich Bericht.

Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen lässt sich am anschaulichsten durch Vergleich mit den entsprechenden Vorjahreszahlen des Erfolgsplanes darstellen, wobei die Vergleichszahlen auf denselben Zeitraum abzugrenzen sind, wie die berichtspflichtigen Zahlen des laufenden Jahres.

Nicht sämtliche Erträge und Aufwendungen sind darzulegen, sondern nur die wesentlichen. Die Berichtspflicht beschränkt sich dabei auf die Entwicklung der Umsatzerlöse, der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Personalaufwendungen sowie der Zinsen. Die Posten können nach Menge und Wert beschrieben und mit den entsprechenden Vorjahres- und Planzahlen verglichen werden. Erhebliche Abweichungen sind zu erläutern.

Die Abwicklung des Vermögensplanes beschränkt sich auf die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltsplanung des AWP auswirken. Zu berichten wäre also, wenn Gewinnabführungen, Konzessionsabgaben etc. oder Zuweisungen des Landkreises zur Eigenkapitalaufstockung oder zum Verlustausgleich von den Planansätzen abweichen würden.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt den Halbjahresbericht 2019 zur Kenntnis.

Top 3 Jahresabschluss 2019; Prüfungsauftrag für die Abschlussprüfung (§25 EBV)

Sachverhalt/Begründung

Gem. § 5 Abs. 3 Ziff.2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs bestellt der Werkausschuss den Prüfer für den Jahresabschluss.

Gem. Beschluss des Werkausschusses vom 23.11.2016 wurde für die Jahresabschlüsse 2016-2020 der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) beauftragt.

Gem. Prüfungsfeststellung des Kreisrechnungsprüfungsamtes vom 21.9.2018 hat die Beschlussfassung jährlich zu erfolgen.

Beschluss:

Mit der Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2019 wird der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) beauftragt.

Anwesend:	9
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0

Top 4 Neuerrichtung Wertstoffhof Hohenwart; dringliche Anordnung (Kostensteigerung)

Sachverhalt/Begründung

Durch eine dringliche Anordnung vom 13.3.19 wurde für den Bau des Wertstoffhofes in Hohenwart ein Betrag von 2.570.000 € brutto genehmigt. Trotz eines Bodengutachtens wurde bei wiederholten Lastplattendruckversuchen festgestellt, dass für die gesamte Verkehrsfläche eine Bodenverbesserung erforderlich ist, da die erforderlichen Verdichtungs- und Tragfähigkeitswerte nicht erreicht wurden. Durch die Technik des Einfräsen von Bindemittel auf Kalkbasis werden die erforderlichen Verdichtungswerte von 45 MN/m² auf dem Planum erreicht. Dies führt zu folgendem Nachtrag:

Von diesen 35.527.21 € brutto trägt gemäß Kostenteilungsvereinbarung

der Markt Hohenwart	11.842.40 € brutto
der AWP	23.684,81 € brutto

Der Markt Hohenwart hat in seiner Sitzung vom 18.7.2019 die Mehrkosten genehmigt. Eine dringliche Anordnung durch den Landrat gem. § 6 Abs. 2 der Betriebssatzung war nötig, da die Arbeiten auf dem Gelände gestoppt wurden. Die dringliche Anordnung ist dem Werkausschuss in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.

Dringliche Anordnung:

Gem. vorliegendem Nachtrag der Fa. Schelle wird für das Einfräsen von Bindemittel auf Kalkbasis für die Errichtung eines Wertstoffhofes mit Gartenabfallsammelstelle in Hohenwart zusätzlich ein Betrag von 24.000 € brutto (gesamt: 2.594.000 € brutto) genehmigt.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt die dringliche Anordnung zur Kenntnis.

Top 5 Erweiterung und Sanierung des Wertstoffhofes in Hettenshausen mit Errichtung Gartenabfallsammelstelle; Genehmigung der Kostensteigerung

Sachverhalt/Begründung

Gem. Werkausschuss vom 03.04.2019 wurde für die Erweiterung und Sanierung des Wertstoffhofes sowie der Errichtung einer Gartenabfallsammelstelle Kosten i.H.v. 808.000 € brutto genehmigt.

Aufgrund des inzwischen vorliegenden Bodengutachtens wurde folgendes festgestellt:

- Der bestehende Oberbau unter den Asphaltflächen des Wertstoffhofes und des angrenzenden Basketballplatzes ist nicht ausreichend tragfähig und frostsicher. Das Gutachten empfiehlt, den bestehenden Oberbau nachzuarbeiten bzw. ggf. auszutauschen. Der Einbau eines Geotextils wird empfohlen
- Die Leitungsgräben sollen tiefer als 3 m gelegt werden
- Aufgrund der geringen Tragfähigkeit des Untergrundes ist ein zusätzliches Rohraufleger vorzusehen
- Das Servicegebäude muss auf Zement gebunden Sandsäulen errichtet werden

Gem. Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb von Wertstoffhöfen muss die Gemeinde allen Kosten, die im Zusammenhang mit der ordnungsgemäßen Entsorgung von Altlasten entstehen, tragen.

Aufgrund der og. Maßnahmen erhöhen sich die Gesamtkosten um 159.000 € brutto.

Beschluss:

Der Werkausschuss genehmigt zur Erweiterung und Sanierung des Wertstoffhofes sowie zur Errichtung einer Gartenabfallsammelstelle in Hettenshausen aufgrund des Bodengutachtens vom 03.06.2019, gem. Kostenschätzung vom 22.7.2019 und Honorarermittlung (WipflerPlan) zusätzliche Kosten i.H.v. 159.000 € brutto (Gesamtkosten 967.000 € brutto).

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 6 Wertstoffhof Vohburg; Umbaumaßnahme Gebäude

Sachverhalt/Begründung

Die Stadt Vohburg stellte den Antrag die räumliche Enge im Aufenthalts-, Umkleide und Sanitärbereich zu beseitigen.

Derzeit sind 10 Mitarbeiter am Wertstoffhof beschäftigt. Für die Arbeitskleidung gibt es derzeit keine Spinde. Die Kleidung wird im Sanitärbereich aufgehängt. Dies entspricht nicht den Vorschriften für Arbeitsstätten.

Nach einem Ortstermin wurde festgehalten, dass der überdachte Vorraum zum Büro für eine Erweiterung geeignet wäre.

Für den Umbau liegt ein Angebot einer Zimmerei über 18.600 € brutto vor. Hinzukommen 4.000 € für Elektroinstallation und 1.500 € für Spenglerarbeiten.

Beschluss:

Für den Umbau des Vorraums zum Umkleide und Aufenthaltsraum des Wertstoffhofes in Vohburg genehmigt der Werkausschuss Kosten i.H.v. 25.000 € brutto

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 7 Verlängerung des Vertrags über die Erfassung und den Transport von sperrigen Siedlungsabfällen im Bringsystem

Sachverhalt/Begründung

Aufgrund einer EU-weiten Ausschreibung für die Erfassung und den Transport von sperrigen Siedlungsabfällen im Bringsystem über die Wertstoffhöfe erhielt die Fa. Heinz GmbH & Co. KG den Zuschlag für den Zeitraum 01.01.2015 – 31.12.2017. Der Vertrag verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 6 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeitgekündigt wird. Die ersten Verlängerungen liefen bis 31.12.2019. Da der Vertrag bis 30.06.2019 wieder von keiner Partei gekündigt wurde verlängert sich die Laufzeit um ein weiteres Jahr bis 31.12.2020.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Top 8 Verlängerung des Vertrags über die mobile Erfassung, den Transport und die Verwertung von gefährlichem Abfall (Problemabfall) im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm

Sachverhalt/Begründung

Aufgrund eines offenen Vergabeverfahrens für die mobile Erfassung, den Transport und die Verwertung von gefährlichem Abfall (Problemabfall) erhielt die Fa. Heinz GmbH & Co. KG den Zuschlag für den Zeitraum 01.01.2015 – 31.12.2017. Der Vertrag verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 6 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeitgekündigt wird. Die ersten Verlängerungen liefen bis 31.12.2019. Da der Vertrag bis 30.06.2019 wieder von keiner Partei gekündigt wurde verlängert sich die Laufzeit um ein weiteres Jahr bis 31.12.2020.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Top 9 Neufassung der Abfallentsorgungsgebührensatzung (AbfEGS); Gebührenkalkulation

Sachverhalt/Begründung

In der Werkausschusssitzung vom 18.11.2015 wurden die Gebührensätze für den Zeitraum 2016 bis 2019 festgelegt. Nach Ablauf dieses Zeitraums müssen die Gebühren ab 01.01.2020 neu kalkuliert werden. Gem. Art. 8 Abs. 6 Satz 1 KAG wurde ein Kalkulationszeitraum von 3 Jahren (2020 – 2022) gewählt.

Nach Art. 8 Abs. 2 Satz 1 KAG soll das Gebührenaufkommen die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken. Da für die Abfallentsorgung Benutzungszwang besteht, soll das Gebührenaufkommen die ansatzfähigen Kosten nicht übersteigen (Art. 8 Abs. 2 Satz 2 KAG).

Zu den ansatzfähigen Kosten gehören insbesondere die Betriebskosten im engeren Sinn (Personal- und Sachkosten), die Kosten der Verwaltung und Unterhaltung sowie angemessene Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen für das Anlagekapital, nicht jedoch Investitionskosten.

Nach Art. 8 Abs. 6 Satz 2 KAG sind Kostenüberdeckungen, die sich am Ende des Bemessungszeitraums ergeben, innerhalb des folgenden Kalkulationszeitraums auszugleichen. Unter Berücksichtigung des für das Jahr 2019 voraussichtlich zu erwartenden Ergebnisses führt zu einer Gesamtüberdeckung von 1,91 Mio € zum 31.12.2019. Diese Überdeckung wurde in den neuen Kalkulationszeitraum eingestellt.

Kostenvorschau:

Bei einer sachgerechten Kalkulation der Gebührensätze sind alle ansatzfähigen Kosten ordnungsgemäß zu ermitteln und durch die Summe der Maßstabseinheiten zu teilen.

Die Ermittlung künftiger in einer Vorkalkulation ansatzfähiger Kosten schließt eine Reihe von Schätzungen, Prognosen, Wertungen, Überlegungen und Entscheidungen mit ein. Dabei ist neben der örtlich festzustellenden gesonderten Kostenentwicklung (z.B. Auswirkungen der Veränderungen des Anlagevermögens auf die kalkulatorischen Kosten oder Auswirkungen des Personalstands auf die Personalkosten) insbesondere bei einer mehrjährigen Kalkulation der Gebührensätze auch die allgemeine Kostensteigerung zu berücksichtigen.

Kalkulatorische Kosten:

Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen in der Gebührenkalkulation ansatzfähigen Kosten gehört neben angemessenen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten auch eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals (Art. 8 Abs. 3 Satz 1 KAG). Die kalkulatorischen Zinsen wurden nach der sog. Halbwertmethode ermittelt. Es wurde ein Zinssatz von 2,5 % zugrunde gelegt.

Kalkulatorische Kosten	2020	2021	2022
Abschreibungen	437.164	721.310	676.955
Zinsen	82.802	105.717	97.905

Personal- und Sachkosten:

Es wurden jährlich geringfügig steigende Personal- und Sachkosten angesetzt.

Auswirkungen des geänderten Umsatzsteuergesetzes

Zum 01.01.2021 endet nach § 27 Abs. 22 UStG der Übergangszeitraum für die steuerliche Behandlung juristischer Personen des öffentlichen Rechts nach dem Umsatzsteuerrecht in der am 31.12.2015 geltenden Fassung. Zum Zeitpunkt der Kalkulation war noch nicht absehbar, was künftig alles der Umsatzsteuer unterworfen ist. Es wurden daher keine zusätzlichen Kosten für die Umsatzsteuer angesetzt. Aus diesem Grund wurde empfohlen den Kalkulationszeitraum nicht zu lange zu wählen.

Erlöse bei der Verwertung:

Mit Ausnahme des Altpapierpreises, der für das Jahr 2020 bereits bekannt war, ist eine verlässliche Prognose dieser Erlöspositionen sehr schwierig. In Anbetracht der sich abzeichnenden Konjunktüreintrübung und von den Nachrichten über Streitigkeiten im Welthandel, gingen wir für die Prognose von zukünftig eher rückläufigen Wertstofflerlösen aus.

Im Kalkulationszeitraum wurden Erlöse aus Verwertung von Abfällen, insbesondere Altpapier und Altmetall niedriger als zuletzt angesetzt. Die Verwertungserlöse für 2016 waren zur Zeit der Prüfung bereits bekannt. Für die folgenden Jahre gingen wir von einem Rückgang aus, wobei hier wie in den letzten Kalkulationen starke Planungsunsicherheit herrscht

Nach Abzug der Erlöse und des Ausgleichs der Kostenüberdeckung verbleiben folgende Kosten, die in den Gebührenbedarf einzustellen sind:

Jahr	2020	2021	2022	Gesamt
Kosten abzgl. Erlöse	8.225.749	8.925.737	9.107.969	
abzgl. Ausgleich Überdeckungen 2016 – 2019	-636.640	-636.640	-636.640	
Gebührenbedarf bei Kalkulationszeitraum 2016 bis 2019	7.589.110	8.289.097	8.471.330	24.349.537

Ermittlung der Gebührensätze für die Benutzung der Abfallentsorgungseinrichtung

Bei der Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren ist die Anwendung eines Wirklichkeitsmaßstabs praktisch kaum durchführbar. Daher werden in der Praxis sog. Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe der Gebührenermittlung zugrunde gelegt. Die Kalkulation sieht vor, die entstehenden Kosten linear auf die Größe und Anzahl der verwendeten Restmüllgefäße sowie nach der maximal möglichen Häufigkeit ihrer Leerungen zu verteilen. Dieser sog. Gefäßmaßstab ist von der Rechtsprechung als geeigneter Wahrscheinlichkeitsmaßstab für die Abfallgebühr anerkannt. Ausgehend von der gegenwärtigen Anzahl der verwendeten Müllgefäße bei der Restmüllentsorgung und der Häufigkeit der Leerungen pro Jahr wurde das jeweilige Jahresleerungsvolumen ermittelt. Im Kalkulationszeitraum wurde angenommen, dass das Leerungsvolumen geringfügig zunimmt.

Gebührensätze

Die Gebührensatzung sieht vor, dass neben jedem Restmüllbehälter ein Bioabfall- und ein Altpapierbehälter in bestimmten Umfang ohne weitere Gebühr mitgenutzt werden können. Für über diesen Umfang hinausgehende zusätzliche Behälter werden gesonderte Gebühren erhoben, die die verbleibenden zu deckenden Kosten verringern.

Es wurden deshalb die variablen Kosten der Bioabfallentsorgung und der Altpapiersammlung im Holsystem getrennt und diese wurden durch die jeweils erwarteten Volumina der Bioabfall- und Altpapierbehälter geteilt.

Hierfür ergeben sich folgende Gebührensätze:

	monatlich	jährlich	bisher
Gebührensatz für zusätzliche Biobehälter 60 l	3,90 €	46,80 €	33,12 €
Gebührensatz für zusätzliche Biobehälter 120 l	7,80 €	93,60 €	66,24 €
Gebührensatz für zusätzliche Papierbehälter 240 l	0,35 €	4,20 €	10,80 €
Gebührensatz für zusätzliche Papierbehälter 1.100 l	1,62 €	19,44 €	49,56 €

Aufgrund der für den Kalkulationszeitraum ermittelten Kosten abzüglich der erwartenden Einnahmen und dem in diesem Zeitraum erwartenden Gesamtleerungsvolumen ergeben sich folgende Gebührensätze:

	monatlich	jährlich	bisher
Gebührensatz für Restmüllbehälter 80 Liter	11,79 €	141,48 €	135,00 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 80 Liter mit Ermäßigung	8,85 €	106,20 €	101,28 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 120 Liter	17,69 €	212,28 €	201,44 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 240 Liter	35,38 €	424,56 €	404,88 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 1100 Liter	162,17 €	1.946,04 €	1.855,68 €
Gebührensatz für Restmüllsack 70 Liter einmalig	4,80 €		4,50 €

Die Gebührenkalkulation für die Jahre 2020 – 2022 errechnet für eine 80l Restabfalltonne (ausreichend für bis zu 5 Personen) eine Erhöhung von 4,8 % (6,48 €/a) jährlich.

Beschlussvorschlag:

Der Werkausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

Der Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm erlässt aufgrund des Art. 7 Abs. 2 und 5 Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1996 (GVBl. S. 396, 449, BayRS 2129-2-1-U), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 151 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) i. V. m. Art. 1 und Art. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl. S. 264, BayRS 2024-1-I) zuletzt geändert durch Art. 8a des Gesetzes vom 24. Mai 2019 (GVBl. S. 266) folgende

Gebührensatzung

für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm (Abfallentsorgungsggebührensatzung - AbfEGS -)

§ 1 Gebührenerhebung

Der Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm erhebt für die Benutzung seiner öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen nach Maßgabe dieser Satzung Gebühren.

§ 2 Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldner ist, wer die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises benutzt.

(2) ¹Bei der Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem gilt der Eigentümer oder der dinglich Nutzungsberechtigte der an die Abfallentsorgung des Landkreises angeschlossenen Grundstücke als Benutzer. ²Bei der Verwendung von Sammelsäcken für Abfälle zur Verwertung bzw. Beseitigung ist der Erwerber Benutzer. ³Die Abfallentsorgung des Landkreises benutzt auch derjenige, dessen unzulässig behandelte, gelagerte oder abgelagerte Abfälle der Landkreis entsorgt (§ 20 Abs. 1 KrWG, Art. 3 Abs. 1 BayAbfG).

(3) ¹Mehrere Benutzer sind Gesamtschuldner. ²Dies gilt insbesondere für Wohnungs- oder Teileigentümer im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes. ³Der Gebührenbescheid über die gesamte Gebührensfordernung kann an den Wohnungseigentumsverwalter gerichtet werden.

⁴Im Fall des § 15 Abs. 2 Satz 5 der Abfallwirtschaftssatzung, kann der Bescheid über die Gesamtgebühr an den Grundstückseigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten (§1 Abs. 4 Abfallwirtschaftssatzung) des Standortgrundstückes des Sammelbehältnisses für Abfälle zur Beseitigung (Restmülltonnen) gerichtet werden.

§ 3 Gebührenmaßstab

(1) ¹Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem als Gesamtgebühr bestimmt sich nach der Zahl und dem Fassungsvermögen der Sammelbehältnisse für Abfälle zur Beseitigung bzw. nach der Zahl der Abfallsammelsäcke. ²Mit der Gebühr für jeweils ein Sammelbehältnis für Abfälle zur Beseitigung mit einem Fassungsvermögen von 80 l, 120 l oder 240 l ist entsprechend der in § 15 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung geforderten Mindestbehälterkapazität auch die Bereitstellung der jeweils benötigten Sammelbehältnisse für Papier/Pappe/ Kartonagen mit einem Fassungsvermögen von 240 l - Abfuhr vierwöchentlich - und Sammelbehältnisse für Bioabfall mit einem Fassungsvermögen von 60 l (80 l, 120 l Restmülltonne) bzw. 120 l (240 l Restmülltonne) (§ 14 Abs. 1 Satz 3 Ziff. 1 und 2 Abfallwirtschaftssatzung) - Abfuhr vierzehntäglich - abgegolten. ³Mit der Gebühr für jeweils ein Sammelbehältnis für Abfall zur Beseitigung mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l (Abfallgroßbehälter) ist die Bereitstellung von bis zu zwei Abfallgroßbehältern für Papier/Pappe/Kartonagen mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l - Abfuhr vierwöchentlich - und von Sammelbehältnissen für Bioabfall mit einem Fassungsvermögen von 2 St. 120 l - Abfuhr vierzehntäglich - abgegolten.

⁴Für weitere Sammelbehältnisse wird nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 eine gesonderte Gebühr erhoben. In der Gesamtgebühr enthalten sind ebenfalls alle Leistungen des Bringsystems (derzeitiger Stand siehe Anlage Leistungen im Bringsystem) sowie die gebührenfreie Abgabe von Windsäcken.

(2) Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs.

2 Satz 3) bestimmt sich die Gebühr nach der Menge der Abfälle und dem tatsächlich anfallenden Auf-

wand, der dem Landkreis für eine ordnungsgemäße Entsorgung entsteht.

§ 4 Gebührensatz

(1) ¹Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem beträgt bei vierzehntäglicher Abfuhr der Sammelbehälter für Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung (Bioabfälle) sowie der vierwöchentlichen Abfuhr der Sammelbehälter für Papier/Pappe/ Kartonagen **monatlich** für:

1. einen grauen Abfallnormbehälter 80 l 11,79 EUR
2. einen grauen Abfallnormbehälter 120 l 17,69 EUR
3. einen grauen Abfallnormbehälter 240 l 35,38 EUR
4. einen grauen Abfallnormbehälter 1.100 l 162,17 EUR

²Die Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn die Sammelbehältnisse für Abfall zur Beseitigung, Bioabfall oder Papier/Pappe/Kartonagen nicht oder nicht regelmäßig zur Abholung bereitgestellt werden.

(2) ¹Für weitere Sammelbehältnisse im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 4 beträgt die Gebühr **monatlich** für:

1. eine Biotonne 60 l vierzehntägliche Leerung 3,90 EUR,
2. eine Biotonne 120 l vierzehntägliche Leerung 7,80 EUR,
3. eine Altpapiertonne 240 l vierwöchentliche Leerung 0,35 EUR,
4. eine Altpapiertonne 1.100 l vierwöchentliche Leerung 1,62 EUR.

²Die Gebühr nach § 4 Abs. 1 Ziff. 1 kann auf Antrag bei einem anschlusspflichtigen Grundstück, das nur von einer (1) Person zu Wohnzwecken genutzt wird, um ca. 25 % der Gebühr für den 80 l Behälter, auf **monatlich** 8,85 EUR ermäßigt werden.

(3) ¹Die Gebühr für die Abfallentsorgung unter Verwendung von zusätzlichen Sammelsäcken beträgt für:

1. einen Sammelsack für Restabfall (70 l) 4,80 EUR,
2. einen Windelsack (50 l) 0 EUR.

²Für Kinder, die ab dem 01.01.2018 geboren sind, erhalten Eltern bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres der Kinder einmalig zwei (2) Rollen mit je 24 Windelsäcken. ³Pflegebedürftige Personen (Inkontinenz) erhalten bei Bedarf gegen Vorlage eines ärztlichen Attests eine entsprechende Anzahl Windelsäcke.

(4) ¹Die Kosten für die Entsorgung von unzulässig behandelten, gelagerten oder abgelagerten Abfällen (§ 2 Abs. 2 Satz 3) werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.

(5) ¹Die Gebühr für die Entsorgung von selbst angelieferten Abfällen beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt/Donau wird vom Zweckverband durch eigene Satzung festgelegt und erhoben.

(6) ¹In den Fällen, in denen eine An-/Abmeldung von Abfallgefäßen aufgrund einer Ausnahmeregelung nach § 6 Abs. 1 Satz 3 AbfWS erfolgt, beträgt die Gebühr für jede An-/Abmeldung für jedes Sammelbehältnis mit einem Volumen von

- 1. 60 l bis 240 l 15 EUR,
- 2. 1.100 l 25 EUR.

(8) ¹Die Gebühr für die Aufstellung und Abholung von den nach § 14 Abs. 1 Satz 3, Ziff. 1 bis 4 und Abs. 2 Ziff. 1 bis 4 zugelassenen Sammelbehältnissen auf den anschlusspflichtigen Grundstücken beträgt je Behältnis mit einem Volumen von

- 1. 60 l bis 240 l 15 EUR,
- 2. 1.100 l 25 EUR.

je Aufstellung oder Abholung. ²Diese Regelung findet keine Anwendung bei Austausch von defekten Behältnissen, soweit die Beschädigung nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Anschlusspflichtigen oder der Benutzer herbeigeführt wurde.

§ 5 Entstehen und Wegfall der Gebührenschuld

(1) ¹Bei der Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem entsteht die Gebührenschuld erstmals mit Inkrafttreten dieser Gebührensatzung, für später hinzukommende Schuldner erstmals mit Beginn des auf den Eintritt des Gebührentatbestandes folgenden Kalendermonats, im Übrigen mit Beginn eines Kalendermonats; angefangene Kalendermonate gelten als volle Kalendermonate. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn sich die Umstände gemäß § 3 Abs. 1 ändern.

(2) ¹Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von zusätzlichen Sammelsäcken für Abfälle zur Verwertung und Beseitigung sowie von Windsäcken entsteht die Gebührenschuld mit der Abgabe des Sackes an den Benutzer.

(3) ¹Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter und abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) entsteht die Gebührenschuld mit dem Abtransport der Abfälle durch den Landkreis.

(4) ¹Die Gebührenschuld endet mit dem Beginn des auf den Wegfall des Gebührentatbestandes folgenden Kalendermonats.

§ 6 Fälligkeit der Gebührenschuld

(1) ¹Die Gebühren für die regelmäßige Abfallentsorgung im Bring und Holsystem sind mit der für das jeweilige laufende Halbjahr entfallenden Gebühr am 15. Februar und 15. Juli eines jeden Jahres fällig, frühestens jedoch einen Monat nach Zustellung eines Gebührenbescheides.

(2) ¹Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von zusätzlichen Sammelsäcken für Abfälle zur Beseitigung und Verwertung sowie von Windsäcken, bei der Entsorgung der nach § 14 Abs. 5 Abfallwirtschaftsatzung zur Abholung zu beantragenden Abfälle, sowie bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) wird die Gebühr mit dem Entstehen der Gebührenschuld fällig.

§ 7 Inkrafttreten

(1)¹Die Satzung tritt am 01. Januar 2020 in Kraft.

(2)¹Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm (Abfallentsorgungsgebührensatzung – AbfEGS -) in der Fassung vom 1. August 2007 (Amtsblatt Nr. 12/2007) zuletzt geändert durch die Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm in der Fassung vom 18. Dezember 2015 (Amtsblatt Nr. 20/2015) außer Kraft.

Pfaffenhofen a. d. Ilm, den 30.09.2019

Martin Wolf
Landrat

Anlage Leistungen im Bringsystem, Stand 09/2019

Leistungen im Bringsystem:

- Entsorgung über die Wertstoffhöfe entsprechend den dort vorhandenen Angeboten wie z. B. Altholz, Altmetall, Glas, Bauschutt in kleinen Mengen, Elektronikschrott, Sperrmüll, gelbe Säcke;
- Grüngutsammelstellen: insbesondere Rasenschnitt, Laub, holzige Gartenabfälle;
- Benutzung der Hausratsammelstelle in Pfaffenhofen
- Problemabfallentsorgung

Beschluss:

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 10 Bekanntgaben, Anfragen

Antrag KR Seitz einige Änderungen am Wertstoffhof Gerolsbach vorzunehmen:

Es soll eine Überplanung des Wertstoffhofgeländes stattfinden. Darunter fällt die Errichtung einer Ausfahrt. Das entsprechende Grundstück ist lt. Herrn KR Seitz vorhanden. Ausgaben für die Sanierung des Gebäudes sollen berücksichtigt werden. Der Ausführungszeitraum soll in 2020 eingeplant werden.

Foderung KR Brummer eine Erweiterung des Wertstoffhofes Wolnzach zu prüfen:

Das Grundstück unterhalb des Wertstoffhofes mit Gartenabfallsammelstelle zur Staatstraße ist im Besitz des Marktes Wolnzach. Die Eingabe von Abfällen in die Container soll über eine Rampenlösung realisiert werden.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 15:37 Uhr.

Landrat Martin Wolf

Werkleiterin Elke Müller:

Landrat Martin Wolf

Protokollführer: Gerhard Beck: